



Bedeutung der Regieeinheiten nach Aussetzen der Wehrpflicht

Eine Prognose von Studierenden der Fachhochschule Köln

16 Studierende des Studienganges „Rettungsingenieurwesen“ an der Fachhochschule Köln analysierten im Rahmen einer Projektarbeit Auswirkungen des Wegfalls der Wehrpflicht auf den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Deutschland. Erstmals wurde in der Studie auch die Situation der Regieeinheiten und -einrichtungen untersucht: „Mit rund 20.000 Freiwilligen sei das Helferpotenzial bisher nahezu unverändert geblieben“. In Interviews vor Ort wurde deutlich, dass die überwiegende Mehrzahl der in Regie der Kreise und kreisfreien Städte aufgestellten Einheiten zuversichtlich in die Zukunft blickt und sich diese behördlich aufgestellten Einheiten um ihren Nachwuchs nicht mehr sorgen müssen als andere Träger.

Zudem stellen die Regieeinheiten für die Katastrophenschutzbehörden die einzige Möglichkeit dar, Einheiten außerhalb der Feuerwehr aufzustellen, wenn keine Übernahme der Aufgaben durch private Hilfsorganisationen möglich ist. Ohne dieses gesetzlich verankerte Instrumentarium würden sich vielerorts sonst fachdienstliche Lücken auftun. Die im behördlichen Katastrophenschutz der Städte und Landkreise mitwirkenden Helferinnen und Helfer sind überwiegend in den Fachdiensten Führung, Information und Kommunikation, Logistik und Krisenintervention tätig. Grundsätzlich können Regieeinheiten aber für jede Verwendung in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr aufgestellt werden, sofern ein Bedarf dafür besteht bzw. Lücken im Bevölkerungsschutz zu schließen sind.

Vorteile ergeben sich auch aus der direkten Verwaltungsunterstellung und der damit verbundenen behördlichen Nähe. Eine weitere Besonderheit gewinnt im Zuge der demografischen Entwicklung durch die Möglichkeit, Einsatzkräfte verschiedener Behörden und Organisationen zu integrieren, zunehmend an Bedeutung. So wird sich im Bevölkerungsschutz mittelfristig das Integrationsprinzip durchsetzen. Weg von starren Konzepten und fachdienstlichen organisatorischen Zuordnungen hin zu flexiblen an regionale Gegebenheiten angepassten Strukturen. Die Helfergewinnung der Regieeinheiten erfolgt aus-

schließlich vor Ort. Landesweite Werbekampagnen stehen den Regieeinheiten in Ermangelung öffentlicher Förderung auf Landes- und Bundesebene bisher nicht gleichermaßen wie anderen Organisationen zur Verfügung. Lokal sind die Einheiten jedoch gut organisiert. Die Menschen werden in ihrem privaten Umfeld angesprochen und/oder gezielt unter Fachleuten aus dem beruflichen und wissenschaftlichen Bereich geworben. Bürgerinnen und Bürger, die sich in den für den Bevölkerungsschutz relevanten natur- und technikwissenschaftlichen Berufsgruppen bewegen, und grundsätzlich an einer fachlichen Mitarbeit im Bevölkerungsschutz interessiert wären, lassen hiervon in der Regel ab, wenn sie in den Organisationen auch Dienste und Ausbildungen außerhalb ihres Fachbereiches absolvieren müssen.

Die Tatsache, dass immer neue Regieeinheiten gegründet werden, findet nach Auffassung der mit der Projektarbeit befassten Studierenden ihren Ausdruck in der Möglichkeit Fachkompetenzen in organisationsübergreifenden Strukturen zu bündeln.

Als Beispiele führt die Studie Einheiten wie die TEL-Regie im Landkreis Wesermarsch, die Rettungstaucher im Main-Taunus-Kreis oder die IuK-Regieeinheit Eberswalde an. Auch bestehen Regieeinheiten, wie Einheiten anderer Träger auch, längst nicht mehr aus vom Wehrdienst freigestellten Helfern, sondern deren Motivation beruht heute von Anbeginn auf rein freiwilliger Basis. Weiterhin entstehen immer mehr Einheiten im Bereich der Psychosozialen Notfallversorgung/-unterstützung bzw. der Notfallseelsorge (Kriseninterventionsteams). Streng genommen sind auch diese Regieeinheiten, sofern sie kommunal getragen werden und aus ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bestehen.

Da diese Einheiten keine „klassischen Fachdienste“ vertreten, sehen sie sich selbst oftmals nicht als Regieeinheit. Ein weiterer Vorteil des behördlichen Status der Regieeinheiten bietet sich in der Möglichkeit, die Einheiten mit Bediensteten der Kreis- oder Stadtverwaltung gegebenenfalls aufzustocken, wenn das nach Lage der Dinge geboten erscheint. Häufig sind diese Bediensteten ehemalige im Bevölkerungsschutz ausgebildete Helfer, die bereit sind, sich als „Reservisten“ zur Verfügung zu stellen und zeitweise an Übungsveranstaltungen und Fortbildungen teilzunehmen.

Alles in allem kommen die Verfasser der Kölner Studie zu dem Schluss, dass das Potenzial der Regieeinheiten für den Bevölkerungsschutz nicht mehr wegzudenken ist und der in der Vergangenheit selbst von höchsten Stellen propagierte Wegfall für die betroffenen Landkreise eine nicht zu füllende Lücke in der Gefahrenvorsorge bedeuten würde.

(Auszugsweise entnommen: Lars Speuser et al.: Auswirkungen des Wegfalls der Wehrpflicht für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, Projektarbeit am Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr der Fachhochschule Köln (2012), S. 105-122)